



6. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen
am 29. April 1989 in Siegen

Siegener Erklärung: „Nordrhein-Westfalen fit machen für Europa“

Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Mit Europa verbindet sich die Hoffnung auf Freiheit und Menschenrechte, auf Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte sind auf dem geistigen und politischen Fundament Europas, des christlichen Abendlandes gewachsen. Sie müssen uns Maßstäbe für die Gestaltung der Zukunft sein.

Für viele Menschen in der Welt ist die Europäische Gemeinschaft zu einem Beispiel für Demokratie und für Frieden in Freiheit geworden.

Die Einigung der freien Völker Europas und die enge Allianz mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben uns Deutschen die längste Friedensperiode unserer jüngeren Geschichte ermöglicht. Nie hatte eine junge Generation in Deutschland eine größere Aussicht auf eine andauernde Friedensperiode.

Europa ist aber auch geographisch mehr als Westeuropa. Die europäische Teilung kann nur dann aufgehoben werden, wenn auch die deutsche Teilung überwunden wird. Die europäische Einigung muß daher offenbleiben für die Wiedervereinigung Deutschlands und ganz Europas in Frieden und Freiheit. Je stärker Westeuropa ist, um so größer sind seine Möglichkeiten, die anderen Völker auf dem Kontinent in seinen Bann zu ziehen. Daher vertut der eine Chance zur deutschen und gesamteuropäischen Einheit und Freiheit, der die Chance zur westeuropäischen Einheit vertut.

Es waren vor allem christlich-demokratische Politiker, die die Ideen und Visionen für Europa in der Nachkriegszeit aufgegriffen und in praktische Politik umgesetzt haben. Sie haben wichtige Akzente zur Friedenssicherung und zur europäischen Einigung gesetzt. Die CDU hat in der Regierungsverantwortung seit 1982 dem europäischen Integrationsprozeß entscheidende Impulse verliehen.

Die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes bietet der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht voll zur Geltung zu bringen.

Sie bietet ebenso für Nordrhein-Westfalen eine einmalige Zukunftschance.

Mit über 320 Millionen Menschen wird die Europäische Gemeinschaft zum größten einheitlichen Wirtschaftsraum der westlichen Welt. Der Binnenmarkt bringt große Chancen für Wachstum, Beschäftigung, mehr Wettbewerb, berufliche und unternehmerische Mobilität, stabilere Preise und Wahlfreiheit der Verbraucher. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung durch umfangreiche Maßnahmen und Hilfen dazu beigetragen, Nordrhein-Westfalen auf den Binnenmarkt 1992 vorzubereiten.

Dazu gehören sowohl die Einzelprogramme der Ruhrgebietskonferenz, die regionalen Förderprogramme, die Hilfen für den Montanbereich als auch das Strukturhilfegesetz, das in besonderer Weise Nordrhein-Westfalen zugute kommt.

Wir werden weiter daran arbeiten, Nordrhein-Westfalen fit zu machen für Europa.

1. Wir wollen den Europäischen Binnenmarkt

Der Europäische Binnenmarkt wird den Strukturwandel in unserer Wirtschaft beschleunigen. Völlig neue Möglichkeiten für die Industrie in großen und kleinen Unternehmen, im Handwerk und Dienstleistungsgewerbe werden geschaffen. Der Binnenmarkt bietet die Chance, den wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern und damit qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Unser Land besitzt mit seinen fleißigen Arbeitnehmern und tüchtigen Unternehmern gute Voraussetzungen, diese Herausforderung zu bestehen. Dafür brauchen wir die stärkere Angleichung der europäischen Steuersysteme. Die Steuerlast der deutschen Unternehmen muß gemindert werden.

Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der größten Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Chancen gerade für kleine und mittlere Unternehmen müssen durch eine mittelstandsfreundliche Gestaltung der EG-Richtlinien gewährleistet werden.

Der Europäische Binnenmarkt schafft auch für Forschung und technologische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen neue Märkte. Die konsequente Anwendung moderner Techniken verbessert die Wettbewerbschancen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, fördert das Wachstum und vermehrt Beschäftigungsmöglichkeiten. Die wissenschaftlichen Institute und Universitäten in Nordrhein-Westfalen sollten sich aus diesem Grund in enger Zusammenarbeit mit großen, mittleren und kleinen Unternehmen in die europäische Forschung einschalten.

Die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur ist für das in der Mitte Europas gelegene Wirtschaftszentrum Nordrhein-Westfalen dringend erforderlich. Deshalb sind insbesondere der Ausbau der überregionalen Straßennetze bei der A 44, der A 46, der A 31 (im nördlichen NRW-Landesteil mit Anschluß an die A 30), der A 33, der A 430/B 1, der A 52, die Anbindung der Region Aachen an das niederländische Fernstraßennetz sowie der Ausbau der Rheinquerungen von großer Bedeutung. Bei der Schieneninfrastruktur ist der Ausbau der Fernverkehrsstrecken Randstad-Rhein/Ruhr und Paris-Brüssel-Aachen-Köln-Rhein/Ruhr vordringlich. Eine zügige Anbindung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn durch Transrapid ist dringend erforderlich.

Der Aufbruch in den Europäischen Binnenmarkt darf nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Durch Entbürokratisierung auf allen Ebenen, vor allem durch die Straffung von Genehmigungsverfahren müssen in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß unsere Unternehmen dem Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft gewachsen sind. Für Produktnormen und technische Vorschriften müssen Mindestanforderungen aufgestellt werden.

2. Wir wollen ein soziales Europa

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die größte wirtschaftliche und soziale Herausforderung in Europa, aber auch in Nordrhein-Westfalen. Verantwortung dafür tragen nicht nur die einzelnen Staaten, sondern vor allem auch die Tarifpartner. Wir wollen ein Europa der sozialen Partnerschaft und des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Die soziale Flankierung des EG-Binnenmarktes ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb müssen die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration miteinander verbunden werden.

Das soziale Europa muß dem unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Mitgliedsstaaten und ihren sozialen Sicherungssystemen Rechnung tragen.

Soziale Mindeststandards müssen für alle Staaten der EG gelten. Staaten mit höheren Standards behalten das Recht, diese Standards auszubauen. Mit der CDU gibt es kein soziales Dumping.

Über Mindeststandards der sozialen Sicherung hinaus wird ein Wettbewerb der sozialpolitischen Systeme stattfinden. Mit der Gesundheits- und Rentenreform haben wir Beispiele für eine zukunftsorientierte Sozialpolitik gegeben, die neuen Anforderungen gerecht wird.

Ausgezeichnete Sozialleistungen und ein hohes Lohnniveau in der Bundesrepublik sind kein Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung des Binnenmarktes.

tes, sondern stellen vielmehr, auch nach Auffassung der Tarifpartner in der Bundesrepublik Deutschland, den für ganz Europa anzustrebenden Standard dar.

Wie bisher muß die Bundesrepublik eine aktive politische Rolle dabei übernehmen, die soziale Ausgestaltung des Binnenmarktes voranzutreiben. Wichtig sind dabei vor allem der Bereich des Arbeitsschutzes, die Sicherung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, die Erarbeitung des Katalogs sozialer Grundrechte sowie die berufliche Bildung und Qualifizierung der Arbeitnehmer.

3. Wir wollen die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft

Wir treten für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft in der EG ein. Nur eine leistungsfähige umweltverträgliche Landwirtschaft mit bodengebundener Produktion und artgerechter Tierhaltung kann die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel sichern und zugleich ihren ökologisch-unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zum Umweltschutz leisten. Deswegen muß einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger bäuerlicher Familienbetriebe ihre Zukunftschance gesichert werden.

Darüber hinaus müssen den Landwirten zusätzliche Erwerbschancen auch im Nebenerwerb eröffnet werden. Dies ist vor allem im Interesse der Erhaltung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes.

Die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung der Agrarpolitik ist der Ausgleich auf den Agrarmärkten. Die einzelnen Mitgliedsländer müssen über geeignete Instrumente verfügen, um die Produktion in ihren Ländern zu drosseln. Dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu sichern. Eine weitere einzelbetriebliche Kontingentierung darf nicht zugelassen werden.

Wir wollen die Marktchancen der nordrhein-westfälischen Landwirte in Europa stärken und den sozialen Flankenschutz für den natürlichen Strukturwandel fördern. Ein wichtiger Beitrag dazu war das von der nordrhein-westfälischen CDU initiierte Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit. Mit diesem Gesetz wird ein sozialverträglicher Strukturwandel in der Landwirtschaft unterstützt.

4. Wir wollen die europäische Umweltgemeinschaft

Umwelt und Naturschutz sichern unsere Lebensgrundlagen. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland beispielhafte umweltpolitische Entscheidungen durchgesetzt. Doch Umweltschutz kennt keine Grenzen. Denn Umweltprobleme machen nicht an nationalen Grenzen halt. Nur eine gemeinsame Umweltpolitik sichert die natürlichen Lebensgrundlagen für alle.

Die strengen deutschen Umweltvorschriften dürfen nicht verwässert werden. Weitergehende Maßnahmen einzelner Länder müssen weiterhin möglich sein. Die in der Bundesrepublik geltenden Umweltstandards müssen, auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit, in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt werden.

Europäische Umweltpolitik ist eine technologische Herausforderung für unsere Unternehmen. Nordrhein-Westfalen besitzt eine Vielzahl von Unternehmen gerade im Mittelstand, die erfolgreich in der Umweltschutztechnologie tätig sind und damit Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen diese Industrie ausbauen und stärken.

Ein europäisches Umweltamt kann zur Sensibilisierung des Umweltbewußtseins und zur Durchsetzung einer europäischen Umweltpolitik beitragen. Nordrhein-Westfalen muß Standort für das europäische Umweltamt werden.

Für die Bedrohung von Klima und Ozonschicht ist auch Europa mitverantwortlich. Die drängenden Probleme der weltweiten Klimaveränderungen durch die Belastung der Atmosphäre durch CO₂ aus Verbrennungsprozessen aller Art oder die Gefährdung der Ozonschicht durch FCKW erfordern globale Strategien, bei deren Entwicklung und Durchführung die Europäische Gemeinschaft eine Vorreiterrolle übernehmen muß.

Ein sparsamer Umgang mit Energie, die Erforschung und Förderung weiterer Energieträger, der bedarfsgerechte Einsatz der Kernenergie sowie das Verbot von klimaschädigenden Treibgasen und Schadstoffen sind die drängendsten Aufgaben einer europäischen Umweltpolitik.

Nur eine vernünftige Mischung aller Energieträger sichert auch unserer heimischen Steinkohle eine dauerhafte Zukunftsperspektive und wird auch umweltpolitischen Anforderungen gerecht. Wer die Klimakatastrophe vermeiden will, darf nicht aus der Kernenergie aussteigen, solange bessere Alternativen nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Der Verbund von Kohle- und Kernenergie als Grundlage des Jahrhundertvertrages ist unentbehrlich, um auch der Wirtschaft wettbewerbsfähige Strompreise zu sichern.

Für Nordrhein-Westfalen ist es wichtig, daß in der Frage der Energiepolitik alle großen gesellschaftlichen Gruppen den Konsens wiederherstellen.

5. Wir wollen ein Europa ohne Schlagbäume

Der Europäische Binnenmarkt erweitert die Freizügigkeit in Europa. Der Wegfall von Binnengrenzen verlangt gleichzeitig mehr Zusammenarbeit in Europa, vor allem auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Wir wollen, daß durch die Aufhebung der Grenzkontrollen die innere Sicherheit in unserem Land nicht beeinträchtigt wird. Dazu müssen die polizeiliche Zusammenarbeit und die europaweite Fahndung verbessert werden.

Die Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft und eine Angleichung der Sicherheitsgesetzgebung in den einzelnen Mitgliedstaaten sind notwendige Voraussetzungen für diese Zielsetzung. Wir treten für die Schaffung eines europäischen Kriminalamtes ein.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl. Politisch Verfolgte genießen in der Bundesrepublik Deutschland Asyl. Aber wir wollen dieses Grundrecht vor Mißbrauch schützen. Diejenigen, die zum Beispiel aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, haben kein Anrecht auf Asyl. Wir streben eine europäische Regelung an, die auch den Mißbrauch des Asylrechts in der Bundesrepublik verhindert.

Unsere Perspektive ist ein europäisches Wahlrecht in den Ländern der EG. Nach der Schaffung des Gemeinsamen Marktes muß die Entwicklung zu einer politischen Gemeinschaft in Europa führen. Diesen Weg wollen wir beharrlich weitergehen.

Wir wollen gute Nachbarschaft mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Sie haben uns in schwerer Zeit geholfen und haben deshalb einen Anspruch auf unsere Solidarität. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer muß aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt werden. Das Wahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland ist unteilbar und nach dem geltenden Grundgesetz nur deutschen Staatsbürgern zu gewähren. Es ist ein Irrtum zu meinen, mit dem kommunalen Wahlrecht sei die Integration zu beschleunigen. Das Wahlrecht muß am Ende der Integrationsbemühungen stehen und nicht am Anfang. Wir setzen uns aber dafür ein, daß die Einbürgerung für Ausländer erleichtert wird, die schon lange in der Bundesrepublik Deutschland leben.

6. Wir wollen durch Wissen und Können unsere Chance in Europa nutzen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Sie ist reich geworden durch das Wissen und Können ihrer Menschen. Die Qualifikation der Menschen ist der Standortvorteil der Bundesrepublik. Sie ist lebenswichtig insbesondere für Nordrhein-Westfalen als wichtigem Zentrum des Europäischen Binnenmarktes.

Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem, das die Menschen auf die Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes vorbereitet. Hauptqualifikation der Zukunft wird vor allem eine breite Allgemeinbildung sein. Diese muß sowohl solide Fachkenntnisse als auch allgemeine Qualifikationen wie Team- und Urteilsfähigkeit, geistige Flexibilität und kulturelle und sprachliche Kompetenz vermitteln.

Wir setzen uns für das gegliederte Schulwesen ein. Es bietet unterschiedliche und klar profilierte Bildungswege an. Es vermittelt eine breite Allgemeinbil-

derung und fördert am besten die unterschiedlichen Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Die berufliche Bildung im dualen System sichert Qualität und Leistungsfähigkeit. Sie ist deshalb ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil der Bundesrepublik Deutschland.

Flexibel aufeinander eingestellte Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, umfassende Weiterbildungsangebote und auf den europäischen Markt zugeschnittene Ausbildungswege und -möglichkeiten müssen unsere Arbeitnehmer auf die Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes vorbereiten. Die Bildungs- und Ausbildungsdauer muß verkürzt werden, damit unsere jungen Menschen auf dem europäischen Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig sind. Wir brauchen mehr Fremdsprachenunterricht in Schule und Ausbildung.

Wir brauchen eine Eliteförderung auf europäischer Ebene. Dazu kann eine europäische Akademie der Wissenschaften, die Wissenschaftler aller Art aus ganz Europa zusammenführt und gemeinsame Forschungsvorhaben ermöglicht, einen Beitrag leisten. Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA, Japan und den südostasiatischen Schwellenländern zu sichern, soll eine europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft einerseits ihre Chancen ergreifen, andererseits aber auch die zu beachtenden Grenzen definieren (z. B. in der Genforschung).

Was für Forschung und Technologie gilt, gilt auch für Unternehmensführung und Management: Wir brauchen eine europäische Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft. Dank des Einsatzes der nordrhein-westfälischen CDU wird diese Akademie ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen bekommen.

7. Wir wollen eine kulturelle Vielfalt in Europa

Europa wächst politisch und wirtschaftlich immer stärker zusammen, aber Politik und Wirtschaft allein halten Europa nicht zusammen. Es ist das gemeinsame Erbe europäischer Kultur, das die Menschen, die Völker Europas verbindet. Wir wollen unseren Beitrag leisten, dieses kulturelle Erbe zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Vielfalt ist der Reichtum europäischer Kultur, Offenheit und Toleranz eine wesentliche Bedingung für die Entfaltung immer neuer künstlerischer Ausdrucksformen. Kultur ist kein Beiwerk gesellschaftlicher Entwicklung, sondern unverzichtbare Voraussetzung für die Gestaltung einer menschlichen Zukunft.

Kunst und Kultur sind auf menschliche Begegnung angewiesen. Städte- und Gemeindepartnerschaften fördern den kulturellen Austausch und leisten somit einen wesentlichen Beitrag für kulturelle Offenheit in Europa. Wir wollen den Kulturaustausch noch stärker fördern.

Nordrhein-Westfalen mit seinem breiten kulturellen Angebot ist längst zu einem kulturellen Anziehungspunkt in Europa geworden. Der Bestand der

traditionellen Kultureinrichtungen muß ebenso erhalten werden wie neue kulturelle Kreativitäten gefördert werden müssen. Privates Mäzenatentum und Kultur-Sponsoring müssen ermutigt und gefördert werden — nicht als Ersatz, aber als wichtige Ergänzung der nach wie vor unverzichtbaren öffentlichen Kulturförderung. Wir wollen eine lebendige kulturelle Szene. Dazu muß auch die Gestaltungsfreiheit der kommunalen Kulturpolitik gestärkt werden.

Die Internationalisierung des kulturellen Angebotes und des Medienmarktes schreitet fort. Dies ist eine große Chance, den kulturellen Reichtum Europas darzustellen und den Menschen näherzubringen. Aber damit darf keine kulturelle Uniformierung verbunden sein. Kulturelle Vielfalt bleibt die Voraussetzung einer lebendigen europäischen Kultur.

8. Wir wollen Europa als Partner der Dritten Welt

Wir wollen, daß Europa seiner wachsenden Verantwortung gegenüber Freiheit und Frieden, aber auch gegenüber Hunger, Armut und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in der Dritten Welt gerecht wird.

Friedenspolitik muß im Zentrum der Außenpolitik Europas stehen. Weltpolitische Verantwortung trägt Europa vor allem in den Krisenherden im Nahen und Mittleren Osten, im südlichen Afrika und in Zentralamerika. Die Einhaltung der Menschenrechte in aller Welt und die Bekämpfung des Terrorismus gehören zu den vorrangigen Aufgaben der europäischen Außenpolitik.

Die Europäische Gemeinschaft hat als Wirtschaftszone mit wachsendem Wohlstand eine besondere Verpflichtung beim Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt.

Europa will ein fairer Partner der Dritten Welt bleiben.

Die Voraussetzungen hierfür verbessern sich stetig.

Die Europäische Gemeinschaft leistet heute rund ein Drittel der Weltentwicklungshilfe und hat als bedeutende Wirtschaftsmacht neben den USA, Japan und Kanada entscheidenden Einfluß auf das internationale Handels-, Wirtschafts- und Finanzgefüge.

Wir wollen, daß die Europäische Gemeinschaft ihre Märkte verstärkt für die Produkte aus den Entwicklungsländern öffnet.

Europa muß sich darüber hinaus weltweit für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.

Die Europäische Gemeinschaft muß in ihrer Zusammenarbeit mit der Dritten Welt insbesondere der Erhaltung der tropischen Wälder, der Bekämpfung der Versteppung, einer sinnvollen Wasserwirtschaft und der Einführung umweltfreundlicher Methoden der landwirtschaftlichen Nutzung und der Energiegewinnung Vorrang einräumen.

Nur dann ist gesichert, daß die Europäische Gemeinschaft ihre Politik nach innen und nach außen menschnah und menschengerecht gestaltet.

Neuwahl des Landesvorstandes der CDU NRW auf dem 6. Landesparteitag in Siegen

Wahl des Landesvorsitzenden

An der Wahl haben sich beteiligt	610 Delegierte
davon waren ungültige Stimmabgaben	0
Enthalten haben sich	9
Abgegebene gültige Stimmen	601 (= 100%)
Nein-Stimmen	22

Dr. Norbert Blüm, MdB, wurde mit 579 Stimmen (= 96,33%) zum Landesvorsitzenden gewählt.

Wahl des Generalsekretärs

An der Wahl haben sich beteiligt	582 Delegierte
davon waren ungültige Stimmabgaben	0
Enthalten haben sich	43
Abgegebene gültige Stimmen	539 (= 100%)
Nein-Stimmen	114

Dr. Helmut Linssen, MdL, wurde mit 425 Stimmen (= 78,84%) zum Generalsekretär gewählt.

Wahl der 5 stellvertretenden Landesvorsitzenden

An der Wahl haben sich beteiligt	590 Delegierte
davon waren ungültige Stimmabgaben	5
Enthalten haben sich	0
Abgegebene gültige Stimmen	585 (= 100%)
Nein-Stimmen	0

Gewählt wurden die Kandidaten (in der Reihenfolge der Stimmen):

Christa Thoben, MdL	490 (= 83,76%)
Peter Hintze	415 (= 70,94%)
Heinrich Ostrop	415 (= 70,94%)
Irmgard Karwatzki, MdB	411 (= 70,25%)
Eckhard Uhlenberg	405 (= 69,23%)

Wahl des Landesschatzmeisters

An der Wahl haben sich beteiligt	536 Delegierte
davon waren ungültige Stimmabgaben	0
Enthalten haben sich	21

Abgegebene gültige Stimmen	515 (= 100%)
Nein-Stimmen	79
Franz Heinrich Krey, MdB, wurde mit 436 Stimmen (= 84,66%) zum Landesschatzmeister gewählt.	

Wahl des stellvertretenden Landesschatzmeisters

An der Wahl haben sich beteiligt	524 Delegierte
davon waren ungültige Stimmabgaben	2
Enthalten haben sich	10
Abgegebene gültige Stimmen	512 (= 100%)
Nein-Stimmen	59

Laurenz Meyer wurde mit 453 Stimmen (= 88,47%) zum stellvertretenden Landesschatzmeister gewählt.

Wahl der 31 weiteren Mitglieder des Landesvorstandes

Gewählt wurden die Kandidaten (in der Reihenfolge der Stimmen):

Prof. Dr. Günter Rinsche, MdEP, Dr. Norbert Lammert, MdB, Dr. Joseph Theodor Blank, MdB, Paul Breuer, MdB, Elke Wülfing, Ruth Hieronymi, MdL, Dr. Horst Walfenschmidt, MdB, Herbert Reul, MdL, Dr. Dorothee Wilms, MdB, Cornelia Yzer, Antonius Rösenberg, MdL, Johanna Gräfin von Westphalen, Dr. Paul Hoffacker, MdB, Leni Fischer, MdB, Ronald Pofalla, Dr. Reinhard Göhner, MdB, Dr. Jürgen Rüttgers, MdB, Elmar Brok, MdEP, Hansheinz Hauser, MdB, Dr. Jörg Twenhöven, Wolfgang Vogt, MdB, Leo Dautzenberg, MdL, Lothar Hegemann, MdL, Prof. Dr. Winfried Pinger, MdB, Hildegard Tünte, Dr. Heinz Janning, Peter Jungen, Hans-Peter Schmitz, MdB, Heinz Hardt, MdL, Helmut Diegel, MdL, sowie Marianne Paus.

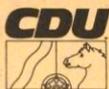
Landesvorsitzender Norbert Blüm:

Chaoten nicht auf den Leim gehen

Der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Dr. Norbert Blüm, hat die Krawalle in Berlin scharf verurteilt und die Mitverantwortung des rot-grünen Senats an diesen Vorfällen deutlich gemacht.

„Die bürgerkriegsähnlichen Szenen auf den Straßen von Berlin haben gezeigt, wie wichtig eine eindeutige Abgrenzung staatlicher Autorität gegenüber gewalttätigen Elementen ist. Man darf solchen Chaoten nicht auf den Leim gehen. Die schlimme Krawallnacht von Berlin macht deutlich: Wenn man Gewalttätern den kleinen Finger reicht, wird einem schnell die ganze Hand abgerissen“, meinte Blüm zum Auftakt des Europa-Wahlkampfes der CDU NRW in Düsseldorf.

Norbert Blüm weiter: „Ich kann die Bürger nur vor rot-grünen Regierungen wie in Berlin warnen. Denn wer Gewalt nicht klar verurteilt, provoziert Vorfälle, wie wir sie in Berlin erleben mußten.“



Europa-Veranstaltungen in Münster und Aachen

Wir machen Nordrhein-Westfalen fit für Europa

Jedermann ist herzlich eingeladen zu zwei Großveranstaltungen zum Thema „Europa“, die die CDU Nordrhein-Westfalen in den nächsten Tagen ausrichtet.

Auf dem Domplatz in **Münster** stehen am Freitag, 19. Mai 1989, ab 17.15 Uhr, Dr. Norbert Blüm, MdB, Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und Dr. Heiner Geißler, MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands, im Mittelpunkt des Geschehens.

Bereits ab 16.30 Uhr spielt auf dem Domplatz eine Musikkapelle auf. Neben Speisen und Getränken gibt es auch reichlich Informationen zum Thema Europa. Nachstehend der Programmablauf im einzelnen:

1. Eröffnung:
Dr. Jörg Twenhöven, Oberbürgermeister
Begrüßung der Redner:
Hans-Otto Höyng, Kreisvorsitzender
2. Frau Hedwig Keppelhoff-Wiechert, Spitzenkandidatin zur Europawahl
3. Dr. Norbert Blüm, MdB
Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
4. Rede des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Dr. Heiner Geißler, MdB
5. Schlußwort:
Frau Gabriele Peus, MdEP.

Auf dem Marktplatz in **Aachen** wird am Sonntag, 21. Mai 1989, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, MdB die Vorstellungen der CDU zu Europa darlegen. Bereits um

10.00 Uhr beginnt das Programm mit der Musikvereinigung Roetgen. Bis gegen 15.00 Uhr werden sich die Zuschauer und Zuhörer bei Musik, Unterhaltung und Folklore über das Thema Europa und Europäischer Binnenmarkt informieren können. Der Programmablauf:

10.00 Uhr

Musikalisches Vorprogramm
Musikvereinigung Roetgen
Eröffnung des Europa-Tages '89
Kurt Malangré, MdEP

Moderation: Dr. Hans Stercken, MdB
Kurzanreden:

Leo Frings, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Aachen-Stadt

Vorstellung der
NRW-Spitzenkandidatin zur Europawahl
Frau Keppelhoff-Wiechert

11.00 Uhr

Begrüßung des Bundeskanzlers:
Hansheinz Hauser, MdB, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung NRW
Kurzanrede:
Bundesminister Dr. Norbert Blüm
Vorsitzender der CDU NRW

Rede:
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Vorsitzender der CDU Deutschlands

Schlußwort:
Dr. Helmut Linssen, MdL
Generalsekretär der CDU NRW

Nationalhymne

bis 15.00 Uhr
Musik — Unterhaltung — Folklore.

Termine

20. 5. 1989	10.30 Uhr	Europakonferenz, Bez. Ruhrgebiet „Das Ruhrgebiet und Belgien“ (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 27 45)	Ennepetal
20. 5. 1989	10.00 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen Landestagung AG Betriebsgruppen, Kolpinghaus (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. [02 11] 1 36 00 57)	Herne
22. 5. 1989	16.00 Uhr	Fachgespräch der CDU-Landtagsfraktion „20 Jahre Gesamtschule — wie geht es weiter?“ mit Herbert Reul, MdL Haus des Landtags, Raum E 3 A 02	Düsseldorf
26. 5. 1989	17.00 Uhr	Europakonferenz, Bez. Ruhrgebiet „Jugendaustausch Ruhrgebiet und Europa“ (Auskünfte: Tel. [02 34] 1 58 27 45)	Hagen
26. 5. bis 28. 5. 1989		Seminar d. Konrad-Adenauer-Stiftung „Welchen Beitrag kann jeder einzelne zum Umweltschutz leisten?“ (Auskünfte: Bildungswerk Münster, Tel. [02 51] 4 37 66)	Dortmund
27. 5. 1989	10.30 Uhr	Europakonferenz Bez. Ruhrgebiet „Das Ruhrgebiet und Italien“ (Partnerstadt Cava dei Tirreni) (Auskünfte: Tel. [02 34] 1 58 27 45)	Unna/ Schwerte
2. 6. bis 3. 6. 1989		KPV/NW — Seminar 55 „Räumliche Planung und Städtebau — unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes“ HVHS „Sorpesee“ (Auskünfte: Tel. [0 23 61] 58 99-0)	Sundern- Langscheid
10. 6. 1989	10.00 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen Landestagung „Berufstätige Frauen in der CDA“, Kolpinghaus (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz Tel. [02 11] 1 36 00 57)	Herne
12. 6. 1989	11.00 Uhr	Europakonferenz Bez. Ruhrgebiet „Das Ruhrgebiet und Griechenland“	Dortmund